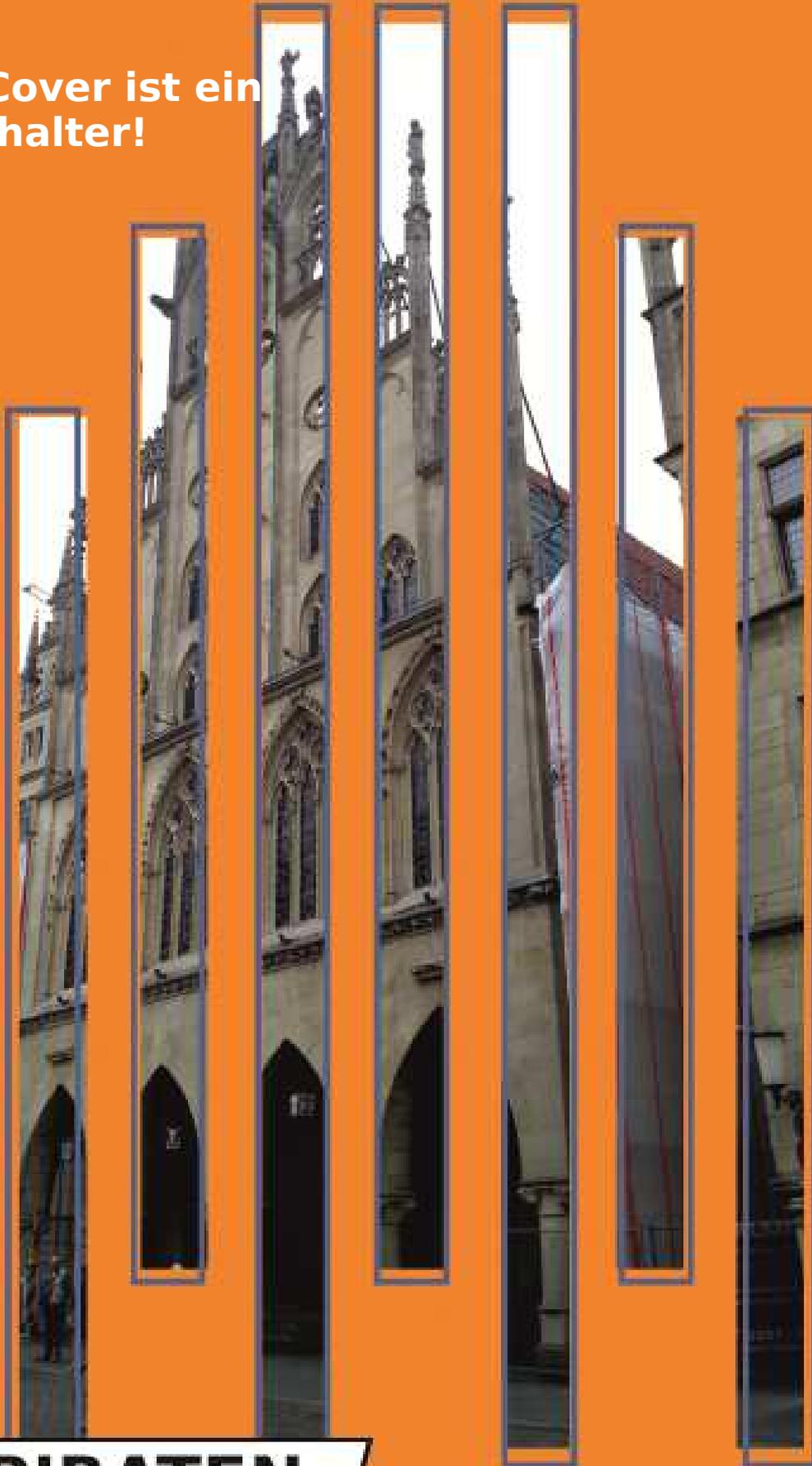


Klarmachen zum Ändern

Wahlprogramm zur Kommunalwahl 2014

Das Cover ist ein
Platzhalter!



PIRATEN
PARTEI

KOMMUNALE SELBSTVERWALTUNG 3

MEHR ÖFFENTLICHKEIT IM RAT	4
RATSTV - ZUSCHAUEN WAS PASSIERT!	5
RATSINFORMATIONSSYSTEM.....	5
OPEN DATA	5
FREIE SOFTWARE.....	7
NEUER AUSSCHUSS.....	7
DATENSCHUTZ	8
PERSÖNLICHE DATEN.....	8
BARRIERE FORMULARE.....	9
BÜRGERHAUSHALT	9
BEI PLANUNGEN EINBEZIEHEN	9
BÜRGERENTSCHEIDE	9
KINDER BETEILIGEN	10
OPTIONSKOMMUNE.....	10
STEUERN.....	10



**PIRATEN
PARTEI**

Kommunale Selbstverwaltung

Was ist Politik 3.0 ? Unter diesem Schlagwort verstehen wir die Förderung aller Strukturen, die zu einer Verbesserung der Demokratie führen, im Besonderen diejenigen, die sich durch die Möglichkeiten des digitalen Zeitalters ergeben.

Wichtig ist für uns die **Transparenz** allen politischen Handelns. Bürger müssen frühzeitig **informiert, eingebunden, beteiligt** und **gefragt** werden.

Des Weiteren müssen getroffene Entscheidungen nachvollziehbar dargestellt werden.

Bereits lange bevor "Stuttgart 21" akut wurde, setzten wir PIRATEN uns für eine stärkere Einbindung der Bürger in die politischen Vorhaben ein. Bei langfristigen und teuren Projekten ist es besonders wichtig, die **Bürger** schon im Vorfeld zu beteiligen und das Projekt so **auf eine gemeinsame Basis zu stellen**. Aber auch bei alltäglichen Entscheidungen sollte die **Meinung** der Bürger nicht nur gehört werden, sondern maßgeblich sein. Bürgerbegehren und Bürgerhaushalte sind für uns geeignete Instrumente zur Umsetzung des Bürgerwillens.

Wir wollen die digitale Kluft in der Gesellschaft schließen. Die neuen elektronischen Medien und ihre **Möglichkeiten** dürfen **kein Privileg** mehr sein. Der Zugang zu ihnen darf nicht von Alt und Jung, Arm und Reich oder von Stand und Herkunft abhängen. Städte und Gemeinden müssen sich den neuen technischen Möglichkeiten weiter öffnen und zur Informationsverbreitung auch Medien wie Blogs, soziale Netzwerke und Newsletter nutzen. Öffentliche Sitzungen, wie Rats- und Ausschusssitzungen müssen als **Videostream** langfristig zur Verfügung stehen, damit sich jeder Bürger ungehindert ein Bild über die Arbeit und Entscheidungsfindung unserer Volksvertreter machen können.

Wir setzen uns für eine zukunftsorientierte Arbeits- und Wirtschaftspolitik ein. Dazu gehört insbesondere ein verantwortungsvolles Wirtschaften bei gleichzeitiger Schonung von **Mensch, Umwelt** und Rohstoffen. So soll unsere Politik davon geprägt sein, auch unangenehmen Fragen nicht auszuweichen. Wir wollen erreichen, dass über jedes Themengebiet **sachlich** und neutral diskutiert wird.

Die Piratenpartei steht für Nachhaltigkeit. Deshalb wollen wir so handeln, dass auch in Zukunft die Grundlagen für eine **würdige Existenz in Freiheit** vorhanden sind. Wir setzen uns dafür ein, dass der Wohlstand unserer Stadt nicht nur finanziell definiert wird. Die Grundlagen für **ökonomisches und ökologisches Handeln** müssen beachtet werden um langfristig Wohlstand zu schaffen. Wir bekennen uns zur Sozialen Marktwirtschaft, deren Errungenschaften wir durch die Entwicklungen der letzten Zeit leider als gefährdet betrachten. In unserem **Grundgesetz** ist festgelegt, dass „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“ (Artikel 14, Abs. 2). **Soziale Marktwirtschaft** ist ein gesellschafts- und wirtschaftspolitisches Leitbild mit dem Ziel, wirtschaftliche Leistung und freie Initiative, die dem gemeinsamen sozialen Fortschritt dient, zu fördern. **Freiheit und soziales Denken** gehören für uns untrennbar zusammen.



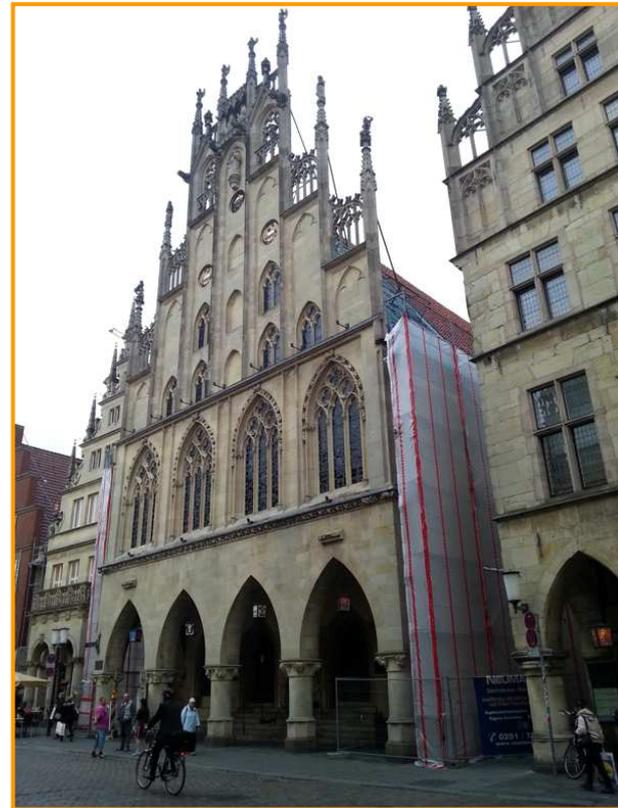
**PIRATEN
PARTEI**

Mehr Öffentlichkeit im Rat

Wir fordern, dass im öffentlichen Teil der Ratssitzung die **Öffentlichkeit** mehr beteiligt wird, um die Diskrepanz zwischen der Sphäre, in der sich Politik abspielt und der Alltagswelt der betroffenen Menschen zu überbrücken. Dafür bietet sich für die Politik auch das Medium Internet mit all seinen technischen Möglichkeiten an, um **Transparenz & Bürgerbeteiligung** zu verbessern. In der Wahrnehmung der Menschen werden Konflikte oft von der Politik 'im Verborgenen' gelöst und nur die Konfliktlösungen kommuniziert.

Die Öffentlichkeit der Sitzungen kommunaler Vertretungen ist einer der wichtigsten Grundsätze unserer demokratisch verfassten Staatsordnung. Der Termin, die begrenzte Anzahl an Sitzplätzen für Zuschauerinnen und Zuschauer und körperliche Beeinträchtigungen machen es zahlreichen Menschen in Münster unmöglich, Sitzungen zu besuchen und den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess mitzuverfolgen.

Niederschriften der Sitzungen stehen leider nicht zeitnah zu Verfügung, zudem gehen aus ihnen zwar die Ergebnisse hervor, allerdings kann in dieser Form der Diskussions- und Meinungsbildungsprozess nicht dargestellt werden. Bisher besteht nur die Möglichkeit die Medienberichterstattung über die Sitzungen des Rates der Stadt und seiner Ausschüsse nachträglich und gefiltert zu verfolgen. Durch die Öffentlichkeit der Sitzung soll allen Bürgerinnen und Bürgern die Möglichkeit gegeben werden, die Arbeit der gewählten Volksvertreterinnen und -vertreter zu verfolgen. Durch die Möglichkeit, die Sitzungen öffentlich zu verfolgen, **soll das allgemeine Interesse an der kommunalen Selbstverwaltung geweckt und gefördert werden.** Die Bürgerin oder der Bürger wird befähigt, das Verhalten der Fraktionen und der Ratsmitglieder zu bewerten und hieraus die politischen Konsequenzen zu ziehen. Zudem dient die Öffentlichkeit der Ratssitzungen auch der **Kontrolle der Ratsmitglieder durch die Bürgerschaft.**



Die Menschen müssen die Möglichkeit bekommen, sich an den Sitzungen ihres Stadtrates, in den Ausschüssen und Arbeitskreisen aktiv zu **beteiligen**, z. B. durch **Fragestunden** zu Beginn. Die betreffenden Geschäftsordnungen wollen wir entsprechend anpassen.

Als **moderne Mitwirkungsmöglichkeit** sollten die Einwohner über das Internet die Gelegenheit bekommen, sich über kommunale Angelegenheiten **einfach** zu **informieren** und sich durch Fragen und Anmerkungen **einbringen** zu können.



**PIRATEN
PARTEI**

RatsTV - Zuschauen was passiert!

Die öffentlichen Sitzungen des Rates der Stadt Münster sollen zukünftig als **Audio- und Videoaufnahmen** auf der Internetseite der Stadt Münster an prominenter Stelle zur Verfügung zu stehen.

Der **Livestream** soll leicht gefunden und abgerufen werden können und die **digitalen** Aufnahmen sollen unter Verwendung von **Creative Commons-Lizenzen** im Ratsinformationssystem archiviert werden, um Interessierten **unkompliziert, dauerhaft** und **barrierefrei** zur Verfügung zu stehen.

Zur Umsetzung des Projekts soll als Grundlage eine freie, **open-source**-Softwareplattform verwendet werden. Mindestanforderungen sind Aufzeichnung, Verwaltung und Verbreitung von Videos sowie nachträgliches Hinzufügen von weiteren Informationen und Verknüpfungen zum Ratsinformationssystem.

Neben der Bereitstellung der Aufzeichnung soll eine möglichst große Barrierefreiheit des Mediums erreicht werden. Hierzu soll die Möglichkeit einer **Transkription** und der Einblendung eines (Gebärden-)Dolmetschers genutzt werden. Für die Umsetzung kommen Kooperationen mit **bürgerschaftlichen Medienwerkstätten** und dem **Jugendrat** in Betracht. Durch ein Bürgerprojekt kann die Ratssitzung journalistisch vorbereitet und begleitet werden sowie **Interesse in der Bürgerschaft für Kommunalpolitik** geweckt werden.

Ratsinformationssystem

Wir wünschen uns ein Ratsinformationssystem, das nicht nur verwaltungsseitig genutzt wird, sondern das in erster Linie **für den Bürger** konzipiert ist. Es soll sich an den Prinzipien '**open data**' und '**open government**' orientieren.

Der Einstieg in die "papierlose Ratsarbeit" soll unserer Ansicht nach nicht mit einer Festlegung auf bestimmte Hardware oder Software verbunden sein, wir wollen grundsätzlich den '**open source**'-Gedanken umgesetzt sehen.

open data

Wir setzen uns dafür ein, dass die Verwaltung das Prinzip 'open data' verinnerlicht und umsetzt. **Offene Daten** sind alle nicht personenbezogenen Daten, die **im Interesse der Allgemeinheit frei zugänglich** gemacht werden und ohne Einschränkung genutzt werden können.

Der freie und ungehinderte Zugang zu den Informationen und Daten staatlicher und behördlicher Institutionen ist eine Grundvoraussetzung für die qualifizierte Entscheidung aller Einzelnen und damit Basis für eine **aktive Teilhabe** mündiger Menschen an gesellschaftlichen Prozessen. Höhere Transparenz führt auch zu mehr Teilhabe von Bürgerinnen und Bürgern an der politischen Willensbildung und damit **zu einem höheren Grad an Demokratie**.

Öffentliche Daten sind nicht nur für Einzelne und die Allgemeinheit, sondern auch für **Wirtschaft und Wissenschaft** relevant. Der Zugang zu diesen Infor-



**PIRATEN
PARTEI**

mationen hat einen direkten gesellschaftlichen Nutzen. Das Potenzial für **Innovationen** und der gesamtgesellschaftliche Nutzen liegen dabei auf der Hand:

- ▶ Die Regierung wird offener und transparenter.
- ▶ Die Verwaltungen werden **bürgerorientiert**, interaktiv und effizienter.
- ▶ Zivilgesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft können Innovationen, neuartige Anwendungen und Dienstleistungen, auf Basis dieser Daten schaffen und so **einen vielfältigen und konkreten Nutzen** für den Alltag der Menschen und der Allgemeinheit leisten.
- ▶ Visualisierung und bessere Verknüpfungsmöglichkeiten von Datensätzen, zum Beispiel durch die Wissenschaft, ermöglichen besser fundierte politische Entscheidungen, bessere Vergleichsmöglichkeiten und **eine** einfachere Wirksamkeitsmessung verschiedener Maßnahmen.
- ▶ Die Öffnung der Daten kann zu Wirtschaftswachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze beitragen.

Als Kriterien für offene Daten gelten die zehn Open-Government-Data-Prinzipien:

1. Vollständigkeit

Daten sollen vollständig zur Verfügung gestellt werden.

2. Primärquellen

Die Rohdaten sollen zur Verfügung gestellt werden.

3. Zeitliche Nähe

Die Daten sollen zeitnah zur Verfügung gestellt werden.

4. Leichter Zugang

Die Daten sollen leicht zugänglich sein.

5. Maschinenlesbarkeit

Die Daten sollen maschinenlesbar, **d. h. für EDV tauglich** sein.

6. Diskriminierungsfreiheit

Eine Registrierung ist nicht erforderlich, um Datenzugriff zu erhalten.

7. Offene Standards

Die Daten werden in offenen Formaten zur Verfügung gestellt.

8. Lizenzierung

Die Daten verwenden Lizenzen, die der 'Open Definition' genügen.

9. Dauerhaftigkeit

Die Daten werden unter einer **permanent erreichbaren** Adresse vorgehalten.

10. Nutzungskosten

Die Nutzung der Daten ist gebührenfrei

Nach unserer Vorstellung soll die Stadt eine **Konferenz** zum Erfahrungsaustausch über 'open data' initiieren. Die Verwaltung bildet eine Expertenkommission, der Vertreter von allen städtischen oder stadtnahen Institutionen angehören, die bereits Daten veröffentlichen, in digitaler Form besitzen oder zu digitalisieren beabsichtigen.

Außerdem sind in dieser Kommission alle Ratsparteien vertreten. Die Kommission erarbeitet Empfehlungen für den Rat der Stadt Münster zu Strategie,



**PIRATEN
PARTEI**

Umfang, Kosten, Nutzen, Technik und Lizenzierung eines zentralen 'open data'-Portals der Stadt Münster.

Zudem **soll** geprüft werden, wie eine zentrale Infrastruktur des Landes NRW genutzt werden kann und wie sich die kommunale Strategie in das Projekt "**Open NRW**" einbetten lässt, um möglichst kostengünstig die Vorteile von open data bereitstellen zu können. Auch die Kooperation mit "**GovData**", dem Datenportal für Deutschland, soll ausgebaut werden.

Darüber hinaus soll auch geprüft werden, inwiefern Bürger diese Daten auch ohne Internetzugang unbeschwert erhalten können.

Des Weiteren fordern wir die Verwaltung auf, dass sie auf Landes-, **Bundes- und Europa-Ebene** Fördermittel für 'open data'-Portale sowie für die **Digitalisierung von Kulturgütern** beantragt.

Offene Daten und Webanwendungen verschiedenster Art können dabei helfen, eine Kultur der politischen Mitwirkung zu etablieren:

Wir brauchen einen **Kulturwandel hin zu mehr Offenheit**.

Wir brauchen einen **konstruktiven Umgang mit Fehlern**, der dazu ermutigt, Neues auszuprobieren.

Wir brauchen ein **gemeinsames Verständnis** darüber, dass Bürgerinnen und Bürger aktiv in die Entwicklungs-, Entscheidungs-, Steuerungs- und Leistungsprozesse der öffentlichen Hand einzubinden sind.

Wir brauchen einen **intensiven Austausch** auf allen **Ebenen** und über alle Ebenen hinweg, um die **Vision einer bürgerfreundlichen, leistungsfähigen und offenen Verwaltung** mit Nachdruck voranzutreiben.

Freie Software

Wir fordern die **konsequente Nutzung von freier Software** in der Verwaltung. Unter freier Software sind Programme zu verstehen, die kostenlos weitergegeben und auf beliebige Art genutzt und verändert werden dürfen. Die Nutzung solcher Programme reduziert die Anschaffungs- und Betriebskosten.

Neuer Ausschuss

Wir plädieren dafür einen **Rats-Ausschuss für Verwaltung, Informationsfreiheit und bürgerschaftliches Engagement** einzurichten.

Der Ausschuss soll sich mit grundsätzlichen Fragen einer bürgernahen und kosteneffizienten Verwaltungsmodernisierung und den Fragen des Datenschutzes in Münster beschäftigen. Damit verbunden ist der ziel- und wirkungsorientierte Einsatz moderner Kommunikations- und Informationstechnologien.

Der Ausschuss soll sich den Prinzipien 'open data' und 'open government' verpflichtet fühlen und folgende Schwerpunkte haben:

- ▶ der **Ausbau** und die **Neueinführung** von Elementen zur **Bürgerbeteiligung** und weiterer öffentlicher Einflussnahme auf Politik und Verwaltung



**PIRATEN
PARTEI**

- ▶ die Entwicklung aller münsterschen Behörden zu einer am öffentlichen Bedarf orientierten Dienstleistungs-Verwaltung
- ▶ die Aufgaben- und Verantwortungsoptimierung zwischen Landes- und kommunaler Ebene
- ▶ der Einsatz moderner Kommunikations- und Informationstechnologien sowohl zur **Erhöhung der Bürgernähe und Transparenz** des Verwaltungshandelns als auch zur internen Verfahrensverbesserung sowie die Durchsetzung von Kosten-Leistungs-Kriterien, der Vergleichbarkeit, des Wettbewerbs und der Kontrolle auf allen Verwaltungsebenen

Der Ausschuss soll außerdem die **Einhaltung der Datenschutzgesetze**, der Regelung über die Verarbeitung personenbezogener Daten durch Behörden und sonstige öffentliche Stellen kontrollieren. Dabei geht es vor allem darum, **das Recht des Einzelnen zu schützen**, selbst über die Preisgabe und Verwendung seiner Daten zu bestimmen, soweit keine gesetzlichen Einschränkungen zugelassen sind (**informationelle Selbstbestimmung**). Unter Informationsfreiheit versteht man den Zugang der Einwohner zu den Informationen über die Tätigkeit der öffentlichen Verwaltung. Sie ist eng mit dem Grundrecht auf informationelle Selbstbestimmung verknüpft.

Datenschutz

Wir fordern von der Stadt Münster größere Anstrengungen im Umgang mit den Daten ihrer Einwohner. **Die Münsteraner müssen darauf vertrauen können, dass keine unbefugten Zugriffe auf ihre Daten stattfinden können.** Dazu muss die Stadt Münster die Entstehung einer breit verankerten Sicherheitskultur fördern. Grundsätzlich soll die Stadt Münster das Ziel der **Datensparsamkeit** verfolgen.

Die Stadt muss sicherstellen, dass die **Daten** beim elektronischen Behördenkontakt sicher und **verschlüsselt übertragen** werden können. Hierzu sollen ausgereifte asynchrone Verschlüsselungstechnologien genutzt und angeboten werden. **Die DE-Mail bewerten wir als ungeeignet.**

Die Stadt Münster muss es als ihre Aufgabe ansehen, die Daten ihrer Einwohner sowie die elektronische Kommunikation mit ihnen weitestgehend zu schützen. Die **kommerzielle Weitergabe von Meldedaten soll** in Münster soweit **unterbunden werden**, wie es gesetzlich zulässig ist.

Persönliche Daten

Einwohnermeldeämter können Daten an verschiedenste Einrichtungen gegen Geld weitergeben. Wir fordern, dass die Kommune dies freiwillig unterlässt. Bis zu einer Änderung des Meldegesetzes sollte die Kommune die Einwohner aktiv auf die Möglichkeit des Widerspruchs hinweisen.

Wir **selbst werden** auf die Möglichkeit der Datenabfrage bei den Meldeämtern verzichten.



**PIRATEN
PARTEI**

Barriere Formulare

Viele behördliche Formulare sind unklar, umständlich oder missverständlich formuliert und gestaltet. Gerade behördliche Formulare sollten möglichst einfach und verständlich aufgebaut und formuliert sein, um Irrtümern Vorzubeugen und Rechtssicherheit zu schaffen. Daher wünschen wir uns eine **Überarbeitung der kommunalen Formulare** durch die Verwaltung.

Bürgerhaushalt

Wir, als Piratenpartei Münster, setzen uns für die **alljährliche Durchführung des Beteiligungsverfahrens "Bürgerhaushalt"** ein.

Der Bürgerhaushalt ist eines von vielen Mitteln **gegen Politikverdrossenheit und für mehr Bürgerbeteiligung**. Der Beirat zum Bürgerhaushalt und das Verfahren sollen besser finanziell unterstützt werden, denn der Bürgerhaushalt ist nicht nur ein Mittel für mehr Bürgerbeteiligung, sondern entlastet mit seinen Ideen auch ganz konkret den Haushalt der Stadt Münster. Seit seiner Einführung **stärkt er die Verbundenheit der Menschen zu ihrer Stadt** und weckt gleichzeitig das Interesse in der Bürgerschaft am städtischen Haushalt.

Bei Planungen einbeziehen

Die **Einwohner müssen früher als bisher üblich in die Planung von Projekten eingebunden werden**. Besonders bei öffentlichen Bauvorhaben wird die breite Öffentlichkeit oft erst in den wenigen Wochen der Einspruchsfrist im Planfeststellungsverfahren mehr oder weniger umfassend informiert.

Wir fordern seitens der Verwaltungen die **aktive Bürgereinbindung bereits zu Beginn der Planungen**, damit Vorschläge aus der Bürgerschaft **intensiv** berücksichtigt werden können.

Bürgerentscheide

Wir vertrauen den Bürgern und wollen mehr Möglichkeiten geben Zukunftsfragen **mündig zu entscheiden**. Daher wollen wir im neuen Rat eine Mehrheit für regelmäßig stattfindende Ratsbürgerentscheid organisieren.

In den meisten Fällen werden **Bürgerentscheide** durchgeführt, wenn ein durch die Politik beschlossenes Projekt in Zweifel gezogen wird. **Wir wollen dieses Instrument aktiv nutzen**, um die Betroffenen präventiv und konstruktiv in **wegweisende** Entscheidungen einzubinden und damit die Legitimität zu erhöhen.

Gerade auch weil die nächste Ratsperiode um ein Jahr verlängert ist, sind wir der Meinung, dass die Kommunalpolitiker die Betroffenen ihrer Stadt, **mindestens** parallel zu sowieso stattfindenden Landtags-, Bundestags- und Europawahlterminen, während ihrer Mandatszeit per Ratsbürgerentscheid einbinden sollten.



**PIRATEN
PARTEI**

An die Landesregierung appellieren wir, die Gemeindeordnung zu ändern, sodass in Zukunft gleichzeitig **über mehrere Alternativen** abgestimmt werden kann und zum Beispiel ein Planungsentwurf mit der größten Zustimmung von der Bürgerschaft favorisiert werden kann.

Selbst bei umstrittenen Projekten wird die Möglichkeit von Bürgerbegehren und -entscheiden nur selten genutzt.

Wir setzen uns mit der Piratenfraktion im Landtag dafür ein, **die Hürden für Bürgerentscheide zu senken**.

Wir fordern, dass die Zulässigkeitsprüfungen für Bürgerbegehren durch den Rat vor dem Sammeln der Unterschriften erfolgt.

Die Räte selbst sollen bei wesentlichen Projekten zum Mittel des Bürgerentscheids greifen. Nach Offenlegung aller vorhandenen Informationen sollen Bürger damit **aktiv und verbindlich mitbestimmen können**.

Kinder beteiligen

Wir wollen bestehende Beteiligungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen **verfestigen, ausweiten und pädagogisch begleiten**. Das betrifft unter anderem die Gestaltung von **Freizeitangeboten**, die kommunale **Schulentwicklungsplanung** sowie die **Mitsprache in den städtischen Gremien**.

Optionskommune

Die Stadt Münster als Optionskommune hat die Möglichkeit, die Vorgehensweise bei der Betreuung von ALG-II-Beziehern selbst zu bestimmen. Daher fordern wir einen Wechsel bei dieser Betreuung, weg vom Bittsteller hin zum gleichberechtigten **Partner auf Augenhöhe**. Schließlich sind die Eingliederungsvereinbarungen Verträge und keine Verwaltungsakte und sollten mit den Betroffenen **gemeinsam** erarbeitet werden.

Steuern

Die Grundsteuer A und B liegt in Münster weit unter dem NRW-Durchschnitt. Daher plädieren wir für eine maßvolle Anhebung, um den Wirtschaftsstandort Münster nicht zu gefährden und die Bürger nur geringfügig zu belasten.



**PIRATEN
PARTEI**